

Sacharowa: Widersprüchliches im Reden und Handeln des Westens.

Die Sprecherin des Russischen Außenministeriums Maria Sacharowa wies auf der Pressekonferenz vom 22. Dezember 2022 auf einige Widersprüche zwischen Reden und Handeln der westlichen Politik hin.

Moskau:

"Wir haben ein Interview von Nathaniel C. Fick, Ambassador-at-Large for Cyberspace and Digital Policy und Leiter des Bureau of Cyberspace and Digital Policy des US-Außenministeriums, zur Kenntnis genommen, das am 14. Dezember 2022 von der US-Zeitschrift Homeland Security Today veröffentlicht wurde. Herr Fick geht davon aus, dass die Vereinigten Staaten den Frieden, das Gute und die Freiheit im Cyberspace bewahren und ihn vor den "dunklen Kräften des autoritären Bösen" - in erster Linie Russland und China - schützen. Die Vereinigten Staaten stehen für Verhandlungen und ausschließlich diplomatische Mittel zur Beilegung von Konflikten. Sie unterstützen die aktive Beteiligung großer Technologieunternehmen am Entscheidungsprozess zusammen mit den Regierungen." "Offenbar hofft der Diplomat, dass die Leser ein schlechtes Gedächtnis haben und sich nicht an die skandalöse Enthüllung von Edward Snowden erinnern, der die ganze Welt über ein globales Überwachungsprogramm namens PRISM der US National Security Agency informierte. Nicht nur US-Bürger, sondern auch ausländische Staatsoberhäupter, darunter Washingtons engste Verbündete, werden überwacht. Außerdem wurde aufgedeckt, dass die großen Tech-Monopole (Microsoft, Facebook, YouTube, Skype, Apple usw.) von der US-Regierung finanziert werden, um bestimmte politische Aufträge zu erfüllen, und alle Informationen, einschließlich der persönlichen Daten ihrer Kunden, mit den US-Geheimdiensten teilen müssen. Die wahren Ziele der Regierung sind bekannt: die Öffentlichkeit von ihren aggressiven Aktivitäten im Cyberspace abzulenken, die alleinige Kontrolle über die Informationsflüsse zu behalten, ein Konzept einer Weltordnung auf der Grundlage von Regeln durchzusetzen, die den Vereinigten Staaten genehm sind, und sich das Recht zu sichern, die Schuldigen zu ernennen." "Am 9. Dezember verteilte die Schiedsgruppe des Streitbeilegungsgremiums der Welthandelsorganisation Berichte über die Klagen Chinas, der Türkei, Norwegens und der Schweiz gegen die Vereinigten Staaten wegen der von Washington erhobenen zusätzlichen Zölle auf die Einfuhr einer breiten Palette von Stahl- und Aluminiumerzeugnissen. Im Jahr 2018 akzeptierte die US-Regierung den Vorschlag ihres Handelsministeriums, US-Einfuhrzölle von 25 Prozent auf Stahl und 10 Prozent auf Aluminium gegenüber den meisten Ländern einzuführen." "Washington berief sich damals auf Erwägungen der "nationalen Sicherheit", was bedeutet, dass es sich nicht von internationalen Normen (wie den WTO-Regeln), sondern von den nationalen Gesetzen der USA leiten ließ. Vor etwa zehn Jahren argumentierte Washington wütend, dass die WTO das Instrument sei, das allen Ländern zu einer reibungslosen Interaktion verhelfen und die Vorherrschaft der "bösen Mächte" und totalitären Regime, die den freien Markt an der Selbstregulierung hindern, beseitigen könne. Sie erklärten alles mit der "nationalen Sicherheit". Sie haben die WTO-Regeln mit Füßen getreten. Die Amerikaner

ignorierten die meisten Argumente oder Bedenken ihrer Handelspartner. Folglich sahen sie sich vorhersehbar mit einer Reihe von Klagen konfrontiert, die vor dem Streitschlichtungsgremium eingereicht wurden. Das Ergebnis war eine eindeutige Entscheidung der Schiedsrichter zugunsten der Kläger. Das Panel entschied, dass die US-Zölle direkt gegen die grundlegenden WTO-Regeln (einschließlich Artikel II des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens über die Meistbegünstigung) verstoßen. Die Argumentation der USA, dass diese Zölle ihre Sicherheit gewährleisteten, wurde als unhaltbar angesehen, da sie nicht in Kriegszeiten oder unter anderen außergewöhnlichen Umständen in den internationalen Beziehungen eingeführt worden waren." "Noch am selben Tag wies das Büro des US-Handelsbeauftragten die Feststellungen des Schiedsgerichts entschieden zurück."

Quelle: https://mid.ru/en/foreign_policy/news/1845014/ Stand: 23.12.2022